

Erscheinungsweise:
Täglich mit Ausnahme
der Sonn- und Festtage

Anzeigenpreis:
a) im Anzeigentell:
die Seite 20 Goldpfennige
b) im Reklameteil:
die Seite 65 Goldpfennige

Auf Sammelanzeigen
kommen 50% Zuschlag

Für Platzvorschriften
kann keine Gewähr
übernommen werden

Gerichtsstand
für beide Teile ist Calw



Bezugspreis:
In der Stadt 40 Goldpfennige
wöchentlich mit Trägerlohn
Post-Bezugspreis 40 Gold-
pfennige ohne Bestellgeld

Schluss der Anzeigen-
annahme 8 Uhr vormittags

In Fällen höherer Gewalt
besteht kein Anspruch auf Lieferung
der Zeitung oder auf Rückzahlung
des Bezugspreises

Fernsprecher Nr. 9

Verantwortl. Schriftleitung:
Friedrich Hans Scheele
Druck und Verlag
der A. Oetfischlagerschen
Buchdruckerei

Ein Vermittlungsvorschlag in Paris

Deutschland soll sein Angebot um 10 Milliarden erhöhen

Die deutschen Sachverständigen unter bestimmten Bedingungen einverstanden

Jahreszahlungen von 2060 Millionen während 37 Jahren und von 1700 Millionen während 21 Jahren.

Paris, 6. Mai. Die Einzelbesprechungen zwischen den Sachverständigen haben am Samstag ein wichtiges Ergebnis gezeitigt, von dem man eine endgültige Verständigung erhofft. Der Vorsitzende der Konferenz, Owen Young, legte den Sachverständigen der Gläubigerstaaten einen neuen Zahlungsplan vor und teilte gleichzeitig mit, daß sich die deutschen Sachverständigen bereit erklärt hätten, seine Forderungen unter bestimmten Bedingungen, die noch näher zu beschreiben seien, anzunehmen. Die Gläubigergruppe nahm den von Owen Young ausgearbeiteten Plan entgegen und versprach, ihn sofort einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Sie äußerte auch den Wunsch, von dem Bedingungen, die Dr. Schacht an die Annahme des Planes knüpft, schriftlich in Kenntnis gesetzt zu werden. Die deutsche Delegation machte sich unverzüglich an die Arbeit, ihre Bedingungen und Anregungen zum Vorschlag Owen Youngs schriftlich niederzulegen.

Mit der Annahme des Planes Owen Youngs durch die deutsche Delegation hat die Sachverständigen-Konferenz eine höchst bedeutungsvolle Wendung genommen. Die von dem amerikanischen Vorsitzenden im Einverständnis mit Dr. Schacht vorgeschlagenen Forderungen bedeuten eine starke Annäherung an die Forderungen der Gläubiger, und es ist sehr wahrscheinlich, daß sich die Sachverständigen in aller nächster Zeit auf dieser Grundlage einigen und zu einem einheitlichen Bericht an die Regierung gelangen werden. Ueber die Grundlinien des neuen amerikanisch-deutschen Vorschlages, dessen Einzelheiten im Laufe von Besprechungen zwischen den verschiedenen Delegationen noch endgültig festzusetzen sind, läßt sich folgendes mitteilen:

Während die durchschnittlichen Jahresleistungen Deutschlands in dem Memorandum vom 17. April auf 1650 Millionen Goldmark festgesetzt waren, belaufen sie sich in dem neuen Vorschlag auf 2060 Millionen. Diese Annuität von 2060 Millionen Goldmark wird während einer Frist von 37 Jahren bezahlt und einerseits für die Abtragung der alliierten Schulden, andererseits für die eigentlichen Wiedergutmachungen verwendet werden. Nach diesem Zeitraum sinkt die Annuität auf 1700 Millionen und wird in dieser Höhe entsprechend den Zahlungen für die Tilgung der interalliierten Schulden noch während weiteren 21 Jahren geleistet.

Nach dem deutschen Memorandum hörten, wie man sich erinnern wird, die deutschen Zahlungen nach dem 37. Jahre gänzlich auf. — Schließlich verzichteten die deutschen Sachverständigen mit der Annahme des Planes Owen Youngs während der ersten 37 Jahre für einen Teil der Annuität — ungefähr für 850 Millionen Goldmark — auf die Anwendung der Transferklausel.

Der Gegenwert der Zahlungen nach dem ersten deutschen Vorschlag vom 17. April belief sich auf etwa 26 Milliarden Goldmark, während die in dem alliierten Memorandum aufgestellten Forderungen einen Gegenwert von 39 Milliarden erreichten.

Die Sachverständigen der vier Gläubigerstaaten stellten sich auf den Standpunkt, daß diese Differenz von 13 Milliarden gerade den Betrag darstelle, den die Alliierten für die Wiedergutmachung der eigentlichen Kriegsschäden forderten. Die von Deutschland angebotenen 1650 Millionen seien gerade ausreichend, um die alliierten Schulden zu tilgen, und blühte, da für die eigentlichen Reparationen davon nichts übrig bleibe, nicht angenommen werden.

Der neue amerikanisch-deutsche Vorschlag weist einen Gegenwert von 36 Milliarden Goldmark auf. Das heißt: nach Abzug der Zahlungen für die interalliierten Schulden bleibt ein Ueberschuß von 10 Milliarden übrig, der für die Deckung der Kriegsschulden verwendet werden kann. Die Differenz zwischen dem Gegenwert der alliierten Forderungen und demjenigen des neuen amerikanisch-deutschen Angebots beträgt also nur noch 3 Milliarden Goldmark. Noch deutlicher erkennt man das Entgegenkommen der deutschen Delegation, wenn man die Forderungen des alliierten Memorandums und des Planes Owen Youngs an und für sich vergleicht. Die Alliierten verlangen eine Durchschnitts-Annuität von 2198 Millionen Goldmark, Owen Young schlägt dagegen im Einverständnis mit Dr. Schacht eine durchschnittliche Annuität von 2060 Millionen vor, während die durchschnittliche Jahreszahlung in dem deutschen Memorandum vom 17. April nur 1650 Millionen betrug. Die Differenz zwischen der Forderung der Alliierten und dem neuen Angebot hat sich also auf etwa 140 Millionen Goldmark reduziert.

Für die eigentlichen Wiedergutmachungen könnte Frankreich, dem nach dem Verteilungsschlüssel von Spaas 52 Proz. der Reparationszahlungen zufallen, auf etwas über 7 Milliarden Mark oder 48 Milliarden Franken Anspruch erheben. Doch würde diese Summe durch die Beteiligung Frankreichs an dem Gewinn der Reparationsbank auf etwa 50 Milliarden Franken gesteigert werden.

Die Finanznot des Reiches

Ein Gesetzentwurf zur Verbesserung der Rassenlage

Berlin, 6. Mai. Das Reichsfinanzministerium teilt mit: Die Rassenlage des Reiches steht seit Wochen im Mittelpunkt der Erörterung. Auf den Ernst der Lage ist von maßgebenden Stellen, insbesondere vom Reichsminister der Finanzen, immer wieder hingewiesen worden. Die Unmöglichkeit zur Deckung der Ausgaben des außerordentlichen Haushalts, die vorgesehenen Anleihen langfristig aufzulösen, mußte dazu führen, daß die Zahlungsverpflichtungen des Reiches hinter den laufenden Einnahmen zurückblieben und die Schwierigkeiten der Finanzierung insbesondere an den Ultimoterminden sich häuften. Ein solcher Zustand muß aber auf die Dauer zu einer Gefährdung der Finanzlage des Reiches und damit auch der Länder und Gemeinden führen, trotz eines im übrigen ausgeglichenen Haushalts. Das Reich hat zunächst kurzfristige Darlehen aufgenommen, die den laufenden Bedarf der letzten Wochen deckten. Eine weitere Steigerung der Darlehensaufnahme bei Banken erscheint mit Rücksicht auf die Geldlage undurchführbar. Auch die unmittelbare oder mittelbare Inanspruchnahme von Auslandskredit kann nicht in Betracht kommen. Da aber auch für die nächsten Monate weitere Mittel erforderlich sind, um die dauernde Zahlungsfähigkeit des Reiches sicherzustellen, bedurfte es durchgreifender Maßnahmen. Ein vom Reichskabinett verabschiedeter Gesetzentwurf sieht infolgedessen zwei Maßnahmen vor: Es soll eine Inlandsanleihe von 500 Millionen Reichsmark aufgelegt werden, deren Stücke von der Vermögenssteuer, der Erbschaftsteuer und der Einkommensteuer befreit sind, auch ein Steuerabzug vom Kapitalertrag findet danach nicht statt. Die Befreiung von der Erbschaftsteuer wird auf die vom Erblasser selbst bezeichneten Anleihestücke getrennt sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß eine so ausgestattete Anleihe nicht ohne Bedenken vom Standpunkt der steuer-

lichen Gerechtigkeit aus ist. Auf der anderen Seite aber bietet sie einen solchen Anreiz, daß auf diesem Wege Beträge schnell und in der erforderlichen Höhe herbeigeholt werden können. Es wird dabei auch erwartet, daß die Möglichkeit steuerfreier Anlage ein wirksames Gegenmittel gegen die bedauerlicherweise in nächster Zeit immer mehr zunehmende Kapitalflucht bilden kann.

Der Reichsminister der Finanzen wird ermächtigt, die im Reichsbesitz befindlichen 7prozentigen Reichsbahnvorrangaktien an öffentliche Sparkassen, Girozentralen, Landes- und Kommunalbanken und an Träger der Sozialversicherung zu verkaufen. Mit dem Erwerb solcher Vorrangaktien sollen die bezeichneten Stellen ihrer Verpflichtung zur Anlage eines Teils ihres Vermögens in Reichsanleihen genügen können. Da diese Stellen die Vorrangaktien nur nach Maßgabe ihres Vermögenszuwachses aufnehmen können, wird diese zweite Maßnahme zwar nur einen allmählichen, aber dafür ständigen Zufluß an Mitteln für die Reichskasse zur Folge haben.

Durch beide Maßnahmen zusammengenommen wird ein erheblicher Teil des außerordentlichen Haushalts durch Realisierung der bisher unausgenützten Anleiheermächtigung gedeckt, damit eine sofortige Entspannung der Rassenlage erreicht und die Wiederholung der unerquicklichen Vorgänge der letzten Monate verhindert wird. Der dadurch erstrebende Befestigung der Rassenlage wird selbstverständlich nach dem Abschluß der Reparationsverhandlungen ein Programm für die dauernde Gestaltung der deutschen Finanzen in Einnahmen und Ausgaben folgen müssen. Der bezeichnete Gesetzentwurf ist bereits dem Reichsrat zugegangen.

Der Gesetzentwurf zur Behebung der Rassennot wird von den Berliner Blättern allgemein als nicht sehr günstig und aussichtsreich bezeichnet. Die „D. A. Z.“ sagt, daß Geld, das auf diese Weise in die Reichskasse fließe, werde vor allem der Wirtschaft entzogen. Es entstehe also eine, an-

Tages-Spiegel

Owen Young, der Vorsitzende der Pariser Konferenz, hat den Gläubigerstaaten einen, das deutsche Angebot um 10 Milliarden übersteigenden Vermittlungsvorschlag überreicht, mit dem sich die deutsche Delegation unter bestimmten Bedingungen einverstanden erklärt hat.

Das Reichskabinett hat einen Gesetzentwurf verabschiedet, der Maßnahmen zur Behebung der Knappheit in der Reichskasse enthält.

Die Finanzsachverständigen der Regierungsparteien faßten neue Beschlüsse zum Lustetat, die eine erste Rate von 2,5 Millionen Mark für den Zeppelinbau vorsehen.

In Genf hat Graf Bernstorff namens der Reichsregierung gegen die Behandlung der Abrüstungsfrage Protest erhoben.

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands hat seinen Vorstand ermächtigt, den Streik zu proklamieren. Am Dienstag beraten die Vorstände der Eisenbahnergewerkschaften über die Lage.

Im Nationalrat wurde die neue österreichische Regierung Steuerritz mit 89 gegen 59 Stimmen gewählt.

In Stuttgart starb infolge eines Herzschlages völlig unerwartet Kirchenpräsident Dr. v. Metz.

gehts der augenblicklichen Geldknappheit besonders gefährliche Ueberlastung des heimischen Geldmarktes, die sich in einem weiteren Druck auf die heimischen Zinskurse auswirken müsse. Ueber allem steht aber die Gefahr, daß auch diese Transaktion keinen durchgreifenden Erfolg haben werde, wenn eine rigorose Ausgabenbeschränkung die Revision der Arbeitslosenversicherung, die Regelung des Finanzausgleiches und alle übrigen mit einer durchgreifenden Sanierung der Reichsfinanzen zusammenhängenden Fragen weiter auf die lange Bank geschoben würden.

Graf Bernstorff protestiert

Berlin, 6. Mai. Die für das gesamte Abrüstungsproblem entscheidende Frage der Beschränkung des Kriegsmaterials ist am Samstag formell mit einer amtlichen Protesterklärung der deutschen Regierung abgeschlossen worden, die Graf Bernstorff zur Verlesung brachte. Die Abrüstungskommission nahm mit 22 gegen 2 Stimmen bei deutscher Stimmenthaltung eine gemeinsame französisch-amerikanische Entschließung an, in der die von Deutschland geforderte direkte Methode der Beschränkung des Kriegsmaterials abgelehnt und die allgemeine Beschränkung und Herabsetzung der Rüstungen lediglich auf dem Wege der Veröffentlichung der Rüstungsstandards beschlossen wird. Gegen diese Entschließung stimmten Sowjetrußland und China.

Wieder Ruhe in Berlin

Berlin, 6. Mai. Zu der Lage in den Berliner Anruhrbezirken in Neukölln und am Wedding teilt der Polizeipräsident am Sonntag abend folgendes mit: „Die letzte Nacht und auch der heutige Tag sind in den Unruhezentren Neukölln und Wedding ruhig verlaufen. Die Milderungen, die in der Handhabung des polizeilichen Schutzes schon im Laufe des Samstag eingetreten sind, konnten deshalb noch erweitert werden. Die noch im Dienst befindlichen Beamten wurden durch andere ausgediente Beamten ersetzt und hatten schon Samstag die Anweisung, im Gebrauch der Schutzwaffe äußerste Zurückhaltung zu üben. Wo noch vereinzelte Schüsse von Aufrührern abgegeben wurden, ist nicht mit sofortigem Feuer geantwortet worden, sondern die Polizei ist gegen diese letzten Aufrührer mit Durchsuchung der Häuser, die die ganze Nacht offen gehalten werden mußten, zu Felde gegangen.“

Die Zahl der bei den Unruhen in Neukölln und auf dem Wedding ums Leben gekommenen Personen ist größer als 24. Nicht mitgerechnet sind alle diejenigen Personen, die an den Verletzungen inzwischen verstorben sind, darunter auch die in Kliniken, in der Charité und anderen nicht städtischen Anstalten behandelten Verwundeten.

Der rote Frontkämpferbund in Preußen verboten. Wie die „Montagspost“ berichtet, hat der preussische Minister des Innern Erzstinski auf Grund der Vorgänge der letzten Tage den Rotfrontkämpferbund für ganz Preußen verboten. Das Verbot tritt mit sofortiger Wirkung in Kraft. Die amtliche Zustellung an die Leitung des Bundes, in der auch die Gründe für das Verbot enthalten sind, erfolgt im Laufe des heutigen Vormittags. Gleichzeitig finden im Reichsministerium des Innern Beratungen über die Ausdehnung dieses Verbotes auf das ganze Reich statt. Die Entscheidung hierüber wird noch im Laufe des heutigen Tages fallen.

Vorschläge für den Luftfahrthaushalt 1929

LU Berlin, 4. Mai. Die der Reichsregierung übermittelten Vorschläge der „Gemeinschaft der deutschen Flugzeug- und Motoren herstellenden Industrie“ halten sich im Rahmen der von den Finanzsachverständigen der Regierungsparteien vorgeschlagenen Streichung von 26,7 Millionen RM, und sehen eine Gesamtbewilligung von 27,9 Mill. vor. In diesem Rahmen weisen die Vorschläge die Möglichkeiten auf, sämtliche Zweige der Luftfahrt in lebensfähigem Umfang zu erhalten und beschäftigen sich dementsprechend mit allen Titeln des Luftfahrthaushalts. Der Kernpunkt der Vorschläge liegt in der Verteilung der Mittel für die Zwecke des Luftverkehrs, der Luftfahrtindustrie und des Luftschiffwesens zu sehen, da zu diesen Titeln des Haushalts von den Sachverständigen bisher eine Gesamtschneidung von 20 Mill. RM. vorgesehen, aber eine Unterteilung noch nicht vorgenommen wurde. Insgesamt werden für die Zwecke der Industrie 16,2 Millionen RM. gegenüber den 21,8 Mill. RM. des ursprünglichen Haushaltsvorschlages vorgesehen.

Die Durchführung des Baukreditgesetzes 1929

Die Hilfsmaßnahmen des Reiches zur Erleichterung der kurzfristigen Wohnbaufinanzierung, d. h. die Beschaffung von Baugeldern vor der Fertigstellung bzw. Dauerbeleihung von Bauten, haben innerhalb der letzten Jahre eine grundlegende Wandlung erfahren. Während im Jahre 1926 aus Reichsmitteln ein Betrag von 200 Millionen RM. über die Länder und von diesen zum Teil durch Realkredit-Institute, zum Teil durch Kommunen dem Bauplatz zugeführt wurde, ist im Jahre 1928 in Abkehr von diesem Wege die Aufbringung der Mittel im Rahmen der freien Wirtschaft vorgenommen worden. Dies geschah in der Weise, daß die Deutsche Bau- und Bodenbank-A.-G. die erforderlichen Kredite im freien Markt aufnahm. Die Erfüllung ihrer Aufgaben wurde der Bank dadurch erleichtert, daß das Reich für die zur Beschaffung von Mitteln eingegangenen Verbindlichkeiten Bürgschaft bis zum Höchstbetrage von 200 Millionen RM. übernehmen konnte. Dieses System, durch das das Reich in glücklicher Weise von eigenen finanziellen Leistungen entlastet, ferner die Belastung öffentlicher Stellen mit kaufmännischen Aufgaben und damit die Verquickung von wirtschaftlichen und politischen Gesichtspunkten vermieden wurde, hat sich im Jahre 1928 voll bewährt. Infolgedessen hat man durch das Baukreditgesetz vom 26. März 1929 die gleichen Maßnahmen auf die Dauer von drei Jahren festgelegt und die Höchstsumme, bis zu der Bürgschaften des Reiches für den genannten Zweck übernommen werden können, von 200 auf 250 Millionen RM. erhöht.

Bei den interessierten Stellen der Wirtschaft wird oft übersehen, daß die Baugelder nicht aus Steuermitteln, sondern aus dem freien Geldmarkt stammen. Hieraus ergibt sich die trübsinnige Auffassung, die Kredite seien mit öffentlichen Mitteln besonders bewilligt. Tatsächlich bewegen sich die Zinsen für Baukredite der Deutschen Bau- und Bodenbank etwa in der Höhe der für aus der Ausnahme von Pfandbriefhypotheken sich ergebenden Belastung und bleiben damit immer noch merklich unter den sonst für Baugelder verlangten Sätzen.

Die Aufbringung und Vergebung der Zwischenkreditmittel durch die Deutsche Bau- und Bodenbank-A.-G. vollzieht sich in folgender Weise: Die Bank nimmt die von der Bauwirtschaft benötigten Mittel nach Bedarf auf, soweit ihr eigenes Kapital nicht ausreicht, und stellt den Darlehensgebern nötigenfalls Bürgschaften des Reiches auf Grund des Baukreditgesetzes zur Verfügung. Diese Mittel werden Bauherren und Bauunternehmungen für die Dauer einer Baufaison, und zwar in der Regel als Diskontkredite gegen Abrechnung von Bauwechseln, zur Verfügung gestellt. Voraussetzung für die Kreditgewährung ist der Nachweis, daß die Dauerfinanzierung mit ersten Hypotheken, mit Hauszinssteuermitteln und gegebenenfalls anderen Darlehen gesichert erscheint und das notwendige Eigenkapital vorhanden ist. Außer den Finanzierungsunterlagen werden von der Bank die Baupläne geprüft. Im Falle der Genehmigung des Kre-

ditrages erfolgt die Auszahlung der Baukredite nach entsprechender hypothekarischer Sicherstellung ratenweise entsprechend dem Fortschreiten des Baues, der von der Bank selbst oder einer beauftragten Stelle kontrolliert wird.

Politische Zusammenstöße in Köln und Braunschweig

LU Köln, 4. Mai. Vergangene Nacht kam es auf der Venloer Straße in Köln-Ehrenfeld zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten. Als ein mit Nationalsozialisten besetztes Auto von Köln kommend an einer kommunistischen Hilfs- und Werbestelle, die in einem Zigarettenverkaufsstand untergebracht ist, vorbeifuhr, ertönten plötzlich die Rufe: „Nieder, nieder!“ Die Nationalsozialisten suchten darauf die Holzbrücke zu stürmen. Es fielen plötzlich Schüsse, durch die zwei Anhänger der Nationalsozialisten schwere Kopfverletzungen erlitten. Einem großen Polizeiangebot gelang es, die Holzbrücke zu nehmen und die darin befindlichen Kommunisten zu verhaften und unter starker Bedeckung zur Polizeiwache zu bringen.

Aus Braunschweig wird berichtet: Zu schweren Ausschreitungen kam es in einer von der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei nach dem „Hofjäger“ einberufenen Versammlung, die von etwa 2000 Personen besucht war, worunter sich auch zahlreiche Reichsbannermitglieder befanden. Es kam schließlich zu einer Schlägerei, bei der in kürzester Zeit der Saal einem Trümmerfeld gleich, das mit Stuhlbeinen, Biergläsern und anderen Gegenständen bedeckt war. Der Polizei gelang es nach mühevoller Arbeit, den Saal zu säubern. Etwa 50 Personen wurden verletzt, darunter 9 schwer, die dem Landeskrankenhaus zugeführt werden mußten. Unter den Verletzten befinden sich auch einige Frauen. Der Saal ist völlig zertrümmert.

Deutschfeindliche Rundgebungen in Polen

LU Warschau, 5. Mai. In Posen fand eine polnische Studentenkundgebung gegen die Vorgänge in Dppeln statt. Es wurden einige Reden gegen Deutschland gehalten und Entschuldigungen gefordert, worauf sich der Zug vor das deutsche Konsulatsgebäude begab. Die Aushängeschilder, Tafeln, und Fenster des deutschen Konsulats, des „Posener Tageblatts“, des Evangelischen Gemeindehauses und anderer deutscher Häuser wurden heruntergerissen und zertrümmert. Sämtliche deutsche Zeitungen, Schriften und Bücher, die in Kiosken und anderen Lokalen auslagen, wurden mit unerschreiblicher Wut zerstört. Bei den Zusammenstößen mit der Polizei wurden 50 Hochschüler teils schwer verletzt.

In Warschau veranstalteten 53 Nationalverbände mit der Vereinigung der polnischen Vaterlandsverteidiger an der Spitze eine große Protestkundgebung. Nach Schluß der Kundgebung rückte ein mehrere Tausend Kopf starker Kundgebungszug von zwei Seiten kommend unter Fohlen und Pfeifen gegen das deutsche Gesandtschaftsgebäude an. Starke Polizeitruppen mit aufgesperrten Seitengewehren hatten den Zug nach beiden Seiten abgeregelt und drängten, von berittener Polizei unterstützt, die Massen zurück. Zu ernstlichen Zwischenfällen scheint es nicht gekommen zu sein.

Aus Thorn wird gemeldet, daß der polnische Krieger- und Aufständischenverband, der über 40 000 Mitglieder zählt, seine Bereitschaft erklärt habe, alle Angriffsgefühle auf Polen mit bewaffneter Hand zurückzuweisen.

Vertagung der Seeabrüstung bis zum November

In den Besprechungen der Vertreter der fünf großen Seemächte in Genf ist eine Einigung dahin erzielt worden, daß die Flottenfragen in der Abrüstungskommission erst im November erörtert werden sollen, so daß die Juli-tagung entweder ganz ausfalle, oder dann jedenfalls die Flottenfragen nicht zur Verhandlung gelangen werden. Es ist ferner eine Übereinkunft darüber erzielt worden, daß nach den englischen Parlamentswahlen in der Zeit bis zu der in Aussicht genommenen Novembertagung der Abrüstungskommission auf diplomatischem Wege hauptsächlich zwischen der englischen

und der amerikanischen Regierung die Verhandlungen über die Grundlage einer Einigung in der Flottenfrage geführt werden sollen.

Aus aller Welt

Autobusunfall in Dresden.

In Dresden-Leuben kam ein städtischer Autobus, der mit 15 Personen besetzt war, einem Lieferkraftwagen entgegen. Um einen Zusammenstoß zu vermeiden, bremste der Fahrer des Autobus stark und riß den Wagen nach rechts. Dabei wurde zwar ein Zusammenstoß der beiden Fahrzeuge verhindert, doch stieß der Autobus an einen Baum und kam zum Stehen. Durch die Erschütterung und die zerbrochenen Fensterhebeln erlitten der Fahrer und acht Fahrgäste zum Teil erhebliche Verletzungen. Die Schwerverletzten wurden nach dem Krankenhaus gebracht.

Bühneneinsturz während einer Gesangsprobe.

In einer Gastwirtschaft im Dorf Rischenau (Detmold) stürzte während der Gesangsprobe eines Gesangsvereins der Fußboden der im Saal erbauten Bühne zusammen. Von den in der Mitte stehenden Sängern wurden 11 Personen etwa 4 1/2 Meter in den darunter liegenden Keller gerissen. Man vernahm lautes Schreien und Jammern. Glücklicherweise wurden nur zwei Personen schwerer verletzt. Die übrigen kamen mit Quetschungen und Hautverletzungen davon.

Die bevorstehenden Probefahrten der englischen Luftschiffe. Luftfahrtminister Sir Samuel Hoare gab im Unterhaus bekannt, daß das Luftschiff R 100 etwa Ende Mai und das Luftschiff R 101 etwa Ende Juni für die erste Probefahrt bereit sein würden.

Ein holländisches Marineflugzeug über dem Tigris abgestürzt.

Nach einem Bericht aus Bagdad ist das holländische Marineflugzeug D 22, das mit zwei anderen Flugzeugen nach Batavia unterwegs war, dort auf der Brücke über dem Tigris mit Telegraphendrähten in Berührung gekommen und abgestürzt. Der Flugzeugführer wurde getötet, die beiden Begleiter verletzt. In Holland hat das Unglück große Bestürzung hervorgerufen. Die Flieger hatten bis dahin von der 15 610 Kilometer weiten Strecke schon 4895 Kilometer zurückgelegt.

Zusammenstoß eines spanischen Passagierdampfers mit einem Frachtdampfer.

Der spanische Dampfer „Christobal Colon“ mit 1000 Fahrgästen an Bord hat auf der Fahrt nach Coruna den britischen Frachtdampfer „Atver Drontes“ im dichten Nebel gerammt. Der Frachtdampfer wurde ernst beschädigt. Obgleich er sich rasch mit Wasser anfüllte, gelang es dem Kapitän, ein Sinken des Schiffes zu verhindern. Der spanische Passagierdampfer scheint nur leicht beschädigt zu sein.

Die Tornadoverwüstungen in den Vereinigten Staaten.

Die Tornadoverwüstungen in den amerikanischen Südstaaten sind nach Meldungen aus Newyork noch schwerer, als bisher angenommen wurde. In Rye Cove in Virginia wurde eine Schule zerstört, wobei es 50 bis 80 Tote und 100 Verletzte gegeben haben soll. In dem Gebäude befanden sich zweihundertfünfzig Schulkinder mit ihren Lehrern. Mit Sicherheit steht der Tod von 17 Schulkindern fest, während die Zahl der geborgenen aber verletzten Kinder 100 erreicht hat. Die Schule wurde völlig auseinandergerissen. Die Rettungsarbeiten sind noch in vollem Gange. In der Gegend von Gate-City in Tennessee wurde durch den Tornado sehr schwerer Sachschaden angerichtet. Die Verbindungen sind unterbrochen und die auf Umwegen eingehenden Meldungen sind noch unvollständig und ungenau. Ein Bericht spricht von hundert Toten und vielen Verletzten, bedarf aber noch der Bestätigung. In Missouri ist Schnee niedergegangen, wie er für diese Jahreszeit noch nicht zu verzeichnen war. In Columbus in Ohio erfasste der Tornado ein Gefängnis, wobei eine Wand einstürzte. Zwei Gefangene wurden getötet, 11 werden noch vermisst und man nimmt an, daß sie auch nur als Leichen geborgen werden können. Die Zahl der Toten in den Staaten Virginia, Tennessee, Georgia und Alabama ist auf neunzehn gestiegen.

Der goldene Mantel.

Roman von Heinz Westen.

Copyright by Romandienst Digo, Berlin W 30.
(8. Fortsetzung.)

An solchen Abenden saß auch Alpius, bis das schnarrende Horn des Wächters Feierabend bot; er schaute auf den Sebaldus und lauschte den Reden und spitzigen Gegenreden, die durch die Luft flogen. Denn stets war unter den Besuchern der Höhe, der jede Gelegenheit wahrnahm, um die Gemeinen darüber zu belehren, was sie von den Ratsherren und Gesippten zu halten hatten. Er nützte die Redefreiheit am Besten bis an ihre Grenzen und oft noch ein Stücklein darüber. Wenn der Höhe redete, wurde Sebaldus Pirheimer abwechselnd blaß und rot im Gesicht, zerbiß sich den starken buschigen, fuchstoten Schnurrbart und ballte die Faust im Sad, weil er dem Vorlauten nicht über das Maul durfte. Aber der Altbürgermeister hatte seine Freude daran, wenn die Gemeinen frei daher redeten; und die Zünftler freuten sich über den Beutler, der ehrbare Patrizier durch die Zähne zog und von ihnen rebete als von feinesgleichen.

Diese Abendstunden waren die einzigen frohen Stunden des Doktor Alpius. Auf alles andere, auf das er einstmal gehofft, mußte er für immer verzichten. Darüber war er sich heute wieder einmal klar, ganz klar geworden. Er war im Kirchhof Dettwang gewesen, brunten im Tauberggrund. Er liebte die kleine alte Kirche von Dettwang und besuchte oft ihre Messe. Nun ging er heim nach Rothenburg, langsam und gemächlich, wie Menschen gehen, die kein Ziel haben, die niemand erwartet.

In der alten Kirche war ihm wohl und leicht gewesen. All seine Sorgen und Gedanken waren von ihm abgefallen. Aber sie waren nicht auf und davon gegangen. Draußen vor dem Kirchhof hatten sie gewartet, und als

er zur Stadt zurückkehrte, liefen sie neben ihm her und hielten mit ihm Schritt. Langsam ging er im Taubertal entlang und wandte sich dann dem steilen Pfad zu, der hinauf zur Stadt führte. Auf halber Höhe blieb er rastend stehen und lugte, das Auge mit der Hand schattend, hinauf zur Stadt, deren Kirchtürme sich scharf vom rötlichen Abendhimmel hoben.

Nun war er in Rothenburg, was wollte er noch? Wie lange wollte er bleiben? An den Fingern konnte er ausrechnen, wann er den letzten Gulden würde drangeben müssen. Und dann? Ein Kinglein im Felleisen blieb ihm, das er zu Geld machen konnte. Leben? Nein, das war kein Leben, keines, das er leben mochte. Hatte er nicht erzählt, daß er sein Handwert an den Nagel gehängt habe, da er reich genug sei, um ohne sonderliche Einkünfte leben zu können? Hatte er nicht alle ärztlichen Besuche, die man von ihm gefordert, abgelehnt und gesagt, man solle die ärmeren Ärzte holen, die sich und ihre Sippe von ihrer Kunst nähren? Und nun sollte er selbst — —? Nein. Dann lieber in Nacht und Nebel aus Rothenburg fliehen, nachdem er den letzten Gulden verlan hatte.

Laute, schrille Rufe in der hohen Tonlage einer Kinderstimme rissen ihn aus seinen Gedanken. Ein brauner, schwarz gefleckter Hühnerhund, der etwas Gebärdendes im Maul trug, trabte in langen Schritten an ihm vorüber. Fünf Schritte hinter dem Hunde lief ein kleines barfüßiges Mädchen von sechs bis sieben Jahren, dem die blonden Locken im Winde flogen.

„Mein Bärbele! Sultan, mein Bärbele! Auslassen, du, Auslassen!“

Alpius, der vor dem ankommenden Hunde inständig zurückgetreten war, fing das über einen Stein stolpernde Kind auf. Doch noch im Falle suchte die Kleine sich seinen Armen zu entwinden und fließ mit den Beinen nach ihm, um sich zu befreien und die Jagd

fortzusetzen. Vergebens suchte er das aufgeregte Kind zu beruhigen. Es fließ nach ihm und schrie unaufhörlich, während die hellen Zähne ihm über das vom Laufen erhitzte Gesicht rannen. Während er sich noch mit der Kleinen mühte, schlug eine tiefe Bassstimme an sein Ohr. „Gottes Gruß, Herr Doktor! Was tut Ihr da? Behandelt Ihr Eure Kranken auf der Landstraße?“

Alpius blickte auf. Ein dicker Mann in reicher almodischer Tracht stand vor ihm, stützte sich mit der Rechten auf seinen langen braunen Stod und hielt die Linke, an der ein großer Solitär funkelt, an das mächtige Kinn, unter dem ein Wulst rötlichen Fleisches aus dem Spitzentragen quoll. Der Kopf saß kantig, fast ohne Hals zwischen den breiten Schultern.

„Die Caritas in Ehren. Aber meiner Seele! Ich glaube, Ihr übernehmt Euch.“

Wieder lachte der Dicke. Sein Kinnbad, der sich im Sprechen wie lauend auf und niederbewegte, war massig, die Lippen fleischig und rot. Die Nase lugte mit platter Spitze hinter starken Backenknochen hervor. Seine Erscheinung ließ auf einen harmlosen, gutmütigen Menschen schließen, dem Essen und Trinken die Hauptwerte im Leben darstellten, dem alle geistigen und ideellen Güter verblissen in der Aureole eines gesüßten Schweinestops und eines Fägleins Einbecker Bieres. Die niedere zurückfliehende Stirn, in die schwarze, dicke Haare fast bis auf die Augen fielen, der ausladende Spitzbauch und eine stark zur Schau getragene Behäbigkeit verstärkten diesen Eindruck; doch die kleinen kalten Augen, die tief in ihren Höhlen lagen, schienen zu widersprechen.

Alpius gab das Kind frei, das die Ansichtlosigkeit weiterer Verfolgung einsehend — der Hund war längst bei der Jagd hinab und am Flussufer im Gebüsch verschwunden — stehen blieb und mit schmutzigen kleinen Händen im Gesicht herumwuschte, um die Tränen Spuren zu tilgen. (Fortsetzung folgt.)

Erdbebenkatastrophe in Turkmenien

El Rowno, 4. Mai. Wie aus Moskau gemeldet wird, erfolgte am Donnerstag in vielen Ortschaften Turkmeniens ein schweres Erdbeben. In Ashabad stürzten über 90 Häuser ein, wobei eine Person getötet und 26 verletzt wurden. Auch in den anderen Ortschaften sind Tote und Verletzte zu beklagen. Hunderte von Personen sind obdachlos.

Wie aus Terean gemeldet wird, wurde auch in den persischen Bezirken Meshed und Asterabad ein starkes Erdbeben verspürt. Es wurden, wie bisher bekannt, 4 Dörfer vernichtet. Auf sofortige Anordnung der Regierung wurden Truppen entsandt, um der Bevölkerung zu helfen und sich an den Aufräumarbeiten zu beteiligen. Nach bis jetzt noch unbefriedigenden Gerichten sollen 600 Personen getötet worden sein. — Ein weiteres Erdbeben wurde an der afghanisch-persischen Grenze bemerkt.

Württ. Landtag

Der Kultetat im Finanzanschuß

Der Finanzanschuß setzte die Beratung über die Kultverwaltung fort. — In der allgemeinen Aussprache erklärte ein Redner des Christlichen Volksdienstes, man dürfe auch in Schul- und Bildungsfragen keine Wünsche äußern, die infolge der Realitäten des Lebens einfach nicht zu verwirklichen seien. Auch die Finanzlage sei stark in Rechnung zu stellen. Neue Schulgesetze müßten gründlich überlegt werden. In Württemberg habe man allerdings mit der Lösung mancher Fragen zu lange gezögert, obwohl diese Fragen schon lange spruchreif seien. Man sollte diejenigen Gemeinden, die seinerzeit das achte Schuljahr beschlossen hatten, aber nachher um Befreiung nachsuchten und diese bekamen, jetzt veranlassen, schon vor 1932 das achte Schuljahr einzuführen. Die Nektorenwahl ist eine verfehlte Sache. — Die Befreiungen vom achten Schuljahr wurden von soz. und dem. Rednern stark kritisiert. Bei der Abstimmung wurde je ein Antrag Körner und Genossen und Heymann und Genossen zu verschiedenen Schulproblemen teils im ganzen, teils in einzelnen Bestimmungen abgelehnt. Das Zentrum erklärte, daß es bei dem demnächst vorzuliegenden Schulgesetz zu den aufgeworfenen Fragen Stellung nehmen werde. — Kap. 29 wurde genehmigt. Bei Kap. 30 erklärte ein Regierungsvertreter anlässlich eines soz. Antrages auf Verhandlungen mit den Kirchen betr. Ablösung von Verpflichtungen von Gemeinden, daß Versuche des Ministeriums, eine Einigung herbeizuführen, mißlungen seien. — Redner der Demokraten und der Deutschen Volkspartei sprachen sich für den soz. Antrag aus, während Bauernbund und Zentrum sich wegen der finanziellen Auswirkungen dagegen wandten. So wurde der Antrag Heymann und Genossen betr. Ablösung der Verpflichtungen von Gemeinden an Kirchenklassen etc. mit Stimmengleichheit abgelehnt. Darauf wurde Kap. 30 angenommen. Bei Kap. 31 wünscht ein Sozialdemokrat Auskunft über die staatsrechtliche Stellung der an den ev. theol. Seminaren angestellten höheren Lehrer. Regierungsseitig wird mitgeteilt, daß diese Lehrer die Stellung von Staatsbeamten haben. Kap. 31 war sonst nicht beanstandet. Bei Kap. 32 (Dienstleistungen an die Geistlichen etc.) erklärt ein soz. Redner, daß seine Parteifreunde den Forderungen auf staatliche Aufbesserungen nicht zustimmen können. Gegenüber staatsrechtlichen Folgerungen des soz. Redners aus den gegenwärtigen Verhältnissen von Staat und Kirche erklärte der Kultminister Bazille, daß das, was bei Erlassung der württ. Verfassung unter „bestehenden Bedürfnissen“ der Gesetzgeber gemeint habe, juristisch flüssig nicht geklärt werden könne. Der Staat hat auf Grund der Verfassung die Verpflichtung, alle Bedürfnisse der Kirchen, die er als berechtigt anerkennt, zu befriedigen, wobei sich die Kirche gefallen lassen müsse, daß das, was sie an eigenen

Einnahmen hat, abgezogen wird. Redner des Bauernbundes und der Deutschen Volkspartei weisen auf die Tätigkeit der Kirche auf dem Gebiete der Erziehung hin. — Der soz. Antrag wurde abgelehnt. Kap. 32 bis 34 wurden genehmigt. Bei Kap. 35 (Dienstleistungen für katholische Geistliche) weist ein Zentrumredner darauf hin, daß die katholischen Geistlichen gegenüber den entsprechenden anderen akademisch gebildeten Beamten gewaltig zurückbleiben. Das Zentrum müsse auf dem Standpunkt stehen bleiben, daß der Staat die Verpflichtung hätte, mehr zu leisten, um die katholischen Geistlichen mit denen anderer Religionsgesellschaften gleichzustellen. Das Zentrum behalte sich die Verfolgung seiner Stellungnahme aber für später vor.

Eine Hilfsaktion für Hausbesitzer

Der Abg. Schuler (Soz.) hat folgende kleine Anfrage gestellt: Infolge des strengen Winters sind an vielen älteren Wohngebäuden schwere Beschädigungen entstanden, so daß sich häufig eine durchgreifende Instandsetzung notwendig macht. Da nun aber viele Hausbesitzer nicht in der Lage sind, von sich aus die dazu erforderlichen finanziellen Mittel aufzubringen, ist es dringend geboten, daß die Württ. Wohnungskreditanstalt für diesen Zweck ausreichende Darlehen gewährt. Ist das Staatsministerium bereit, der Württ. Wohnungskreditanstalt eine entsprechende Anweisung zu erteilen und ihr die hierzu notwendigen Mittel zur Verfügung zu stellen?

Aus Württemberg

Neuregelung des kaufmännischen Prüfungswesens in Württemberg

Vom Württ. Landesgewerbeamt ist dem Württ. Industrie- und Handelstag ein von der Württ. Ministerialabteilung für die Fachschulen ausgearbeiteter Entwurf einer Neuregelung des kaufmännischen Prüfungswesens in Württemberg zur Stellungnahme zugegangen. Für die Wirtschaft ist an diesem Entwurf von besonderem Interesse, daß darin neben der Abschlußprüfung der Handelsschule, sowie der unter gewissen Voraussetzungen an deren Stelle tretenden allgemeinen kaufmännischen Gehilfenprüfung, die sich bereits seit Jahren gut eingebürgert haben, und deren Bestimmungen im neuen Entwurf im wesentlichen gleich geblieben sind, in Zukunft noch eine kaufmännische Fachprüfung vorgesehen wird. Zu dem in Frage stehenden Entwurf hat der Württ. Industrie- und Handelstag auf Grund umfassender Erhebungen innerhalb der württ. Handelskammern sowie einer eingehenden Aussprache in der letzten Sitzung seines Ausschusses für kaufmännisches und gewerbliches Schul- und Bildungswesen Stellung genommen. Er stimmt dem Vorschlag zu, daß neben der Abschlußprüfung der Handelsschule bzw. allgemeinen kaufmännischen Gehilfenprüfung in Zukunft noch eine kaufmännische Fachprüfung eingeführt wird. Diese soll freiwillig sein, und mit der Handelsschlußprüfung verbunden werden. Der Industrie- und Handelstag macht sich dann noch einige Abänderungsvorschläge der Handelskammern zu eigen, die den Entwurf verbessern sollen. Es wird vor allem für den Prüfungsausschuß gefordert, daß seine Mitglieder mindestens 30 Jahre (statt 24) alt sind, sechs- oder zehnjährige kaufmännische Tätigkeit hinter sich haben und noch im kaufmännischen Beruf tätig sind.

Vollversammlung des Württ. Gemeindevorstands

Der Württ. Gemeindevorstand (Verband kleinerer Städte und Landgemeinden) hielt in Stuttgart seine 6. Vollversammlung ab, die aus dem ganzen Lande sehr zahlreich besucht war. Verwaltungsdirektor Schmid nahm in einem längeren Referat zu wichtigen Tagesfragen (Gemeindeordnung, Finanz- und Lastenausgleich) Stellung. Zur Gemeindeordnung führte er aus, sie erfülle so, wie der Entwurf aus der zweiten Lesung im Landtag hervorging, die Erwartungen der Gemeinden nicht. Auch die vom Staat durch Mehrle-

stungen auf dem Gebiet des Fürsorge- und Straßenwesens vorgesehene Verbesserung der Lastenverteilung zu Gunsten der Gemeinden wurde als ungenügend bezeichnet. Mit Nachdruck wurde die Ermäßigung des Anteils kleinerer Städte und Landgemeinden an den persönlichen Volksschul-lasten gefordert. Die Volksschullasten nähmen in einzelnen Gemeinden bis zu 14% der Gemeindeumlagen in Anspruch. In der Frage der Vorbildung der Volksschullehrer wolle sich der Gemeindevorstand nicht einmischen. Mehrkosten, die aus einem anderen Bildungsgang der Lehrer entstünden, würden die Gemeinden aber entschieden ablehnen und an den Staat verweisen. Neben den Schulkosten sind die Gemeinden durch die Amtskörperparochialumlage steuerlich schwer belastet. Ein Lastenausgleich unter den Amtskörperparochien sei dringend erforderlich. Der natürlichste Lastenausgleich werde durch eine wesentliche Vergrößerung der bestehenden Amtskörperparochialbezirke erzielt. Wenn man die kommunalen Amtskörperparochialbezirke erweitere, müsse damit keinesfalls eine Aufteilung der staatlichen Oberamtsbezirke verbunden sein. Letztere lehne der Gemeindevorstand entschieden ab. Es könne kein Zweifel unterliegen, daß durch Wegnahme der staatlichen Behörden und Gerichte den kleinen Oberamtsstädten unerträgliches Lebensblut entzogen und manch kleine Oberamtsstadt wirtschaftlich und kulturell veröden würde. Die räumliche Uebereinstimmung von Amtskörperparochie und staatlichem Verwaltungsbezirk sei bisher zweckmäßig gewesen, sie sei aber nicht notwendig, und so könne man ohne unerträgliche Benachteiligung der ländlichen Oberamtsstädte und der Landbevölkerung die Amtskörperparochialbezirke vergrößern und die Oberamtsbezirke belasten. Bei Zusammenfassung mehrerer Oberamtsbezirke zu einem Amtskörperparochialbezirk könnte daran gedacht werden, das zentral gelegene Oberamt mit einem Landrat und die übrigen Oberämter später mit einem Regierungsrat zu befehlen. Dem Landratsamt könnten Aufgaben der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperparochialverwaltung übertragen werden, wodurch genannte Mittelinstanz entbehrlich würde, ohne daß die Kreisregierungen wieder auflösbaren. Die vorgeschlagene Neugliederung sei auch geeignet, die infolge veränderter Verkehrs- und wirtschaftspolitischer Verhältnisse in manchen staatlichen Oberamtsbezirken notwendige Flurbereinigung zu erleichtern, weil hienach auf die steuerliche Leistungsfähigkeit des Bezirks keine Rücksicht mehr zu nehmen sei. Ein weiteres Referat erstattete Oberbaurat Soßler über „Neuzeitlicher Straßenbau in Stadt und Land“. Zum Schluß wurde folgende Entschliessung angenommen:

1. Der Landtag wird dringend ersucht, in der neuen Gemeindeordnung in dritter Lesung folgende Anträge zu berücksichtigen: Wenn den beteiligten Gemeinden gegen die Zwangsengemeindung nicht der Rechtschutz zugestanden werden will, dann hat anstelle der Regierungsverwaltung die Gesetzgebung zu treten. Die Stellung des Ortsvorstehers ist so zu sichern, daß ihm die objektive Führung der Gemeindeverwaltung ermöglicht wird. Die Pflicht zur Zustellung der Entwürfe der Haushaltsvoranschläge an die Kollegialmitglieder ist davon abhängig zu machen, daß sie vom Kollegium beschlossen oder die Zustimmung von einzelnen Mitgliedern gefordert wird. Bei Aufhebung von Teilgemeinden ist zwischen Teilgemeinden mit ungleichen Verhältnissen auf Antrag ein Lastenausgleich durchzuführen. 2. Dringend geboten ist, die kommunalen Amtskörperparochialbezirke zur Hebung der Leistungsfähigkeit und Erzielung eines internen Lastenausgleichs wesentlich zu vergrößern. Die Aufteilung der Oberamtsbezirke lehnt der Gemeindevorstand ab. 3. Die kleineren Städte und Landgemeinden müssen endlich eine Erleichterung von den persönlichen Schullasten erfahren. Der Gemeindevorstand fordert die Anpassung der Berechnungsgrundlagen an die bestehenden Verhältnisse und die Herabsetzung des Anteilssatzes.

Franz Schoenlen, Obere Marktstraße 36

empfiehlt seine reichhaltige Auswahl

in Vorhangstoffen, Garnituren und Stores.

Die Gestaltung einer Drucksache

verschafft ihr Beachtung!
Wenn Sie daher Reklamedrucksachen benötigen, dann wenden Sie sich bitte an uns.

Unser umfangreiches Schrift- und Ziermaterial im Verein mit unserer vorzüglichen maschinellen Einrichtung ermöglicht es uns, Ihre Drucksachen in einer Ausstattung fertigzustellen, die selbst allen Anforderungen entspricht.

Tagblatt-Buchdruckerei Calw
Zernspacher Nr. 9 Bedersstraße Nr. 151.

Breitenberg, 4. Mai 1929.

Dankagung



Für die vielen Beweise aufrichtiger Teilnahme, welche wir bei dem Hinscheiden unserer lieben Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Elisabeth Schönhardt

erfahren durften, für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrer Gutbrod und den ehrenvollen Nachruf des Herrn Hauptlehrer Bezner sowie für den erhebenden Gesang mit seinen Schülerinnen und dem Herrn Lehrer Brodmann für den erhebenden Gesang und den Nachruf von Seiten der Gemeinschaftsmitglieder, sowie allen denen, welche ihr während ihres schweren Leidens soviel Liebe erwiesen haben, sagen auf diesem Wege herzlichen Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen:
der Vater: Georg Schönhardt.

Zurück
Dr. Roth

Facharzt für
Hals-, Nasen- und Ohrenkrankheiten
Pforzheim
Leopoldplatz / gegenüber Hotel Post

Calw, den 6. Mai 1929.

Todes-Anzeige.



Unsere innigstgeliebte Mutter

Frau Marie Eberwien
geb. Hülke

ist am Sonntag, den 5. Mai, nachmittags
5 1/2 Uhr sanft entschlafen.

In tiefer Trauer:
Frau Anna Schick, geb. Eberwien,
Immanuel Schick.

Beerdigung Mittwoch nachmittag 3 Uhr.

Fahrräder

in großer Auswahl
von 70 Mark an
sowie sämtliche Ersatzteile
empfiehlt

Friedr. Belz, Fahrradhandlung
Bischoffstr. 498, Reparatur-Werkstätte

Getreidemühlgenossenschaft Althengstett
e. G. m. b. H.

Am Sonntag, den 12. Mai 1929, nachm. 2 Uhr, findet im Gasthaus „Schwane“ in Unterhaugstett die ordentliche

Generalversammlung

Tagungsordnung:

1. Geschäftsbericht des Vorstandes.
 2. Bericht des Aufsichtsrats.
 3. Genehmigung der Rechnung und Bilanz.
 4. Gewinnverteilung u. Rückvergütung v. Wahllohn.
 5. Ergänzungswahlen.
 6. Anträge und Wünsche.
- Rechnung und Bilanz ist von heute an eine Woche lang beim Vorsteher aufgelegt.
Die Genossenschaftler werden zu zahlreicher Beteiligung eingeladen.
Mitgliedsbücher sind unbedingt mitzubringen.
Den 3. Mai 1929.

Vorstand: J. A. Braun.

Landw. Bezirksverein Calw.

Wir haben auf Lager:

- | | |
|-----------------|--------------|
| Thomasmehl | Sojatschrot |
| Kalifalz | Weizen |
| Rainit | Gerste |
| Hederichkainit | Roggen |
| Nitrophoska | Futterkalk |
| Ammoniak | Fischmehl |
| Kalkstickstoff | Biehsalz |
| Kalksalpeter | Grassamen |
| Natronsalpeter | Kotklee |
| Harnstoff-Kali- | Luzerne |
| Phosphor | Futtererbsen |
| Leinmehl | Wicken |
| Erdnußmehl | Angersen |

Ausgabe in Calw Mittwochs u. Samstags
in Althengstett Dienstags.
Die Geschäftsstelle

Die altbekannten
**Hölzle's homöopathischen
Krampfhusten-Tropfen**
sind erhältlich in den Apotheken
in Calw.

Spratts
Rüdenfutter
Bruchreis
und Hirse
empfiehlt
Otto Jung.

Brennessel- und
Birkenhaarwasser
für Haare und Haarboden
Flasche Mk. 1.50 bei
R. Otto Vinçon, Calw.

Gut möbliertes
sonniges
Zimmer
heizbar, mit elektr.
Licht, für sofort od.
15. Mai zu vermieten
Badstraße 361 I.

Einige Eimer guten
Apfelmost
verkauft billig
Julius Seeger
Telefon 278

**Zwei-
Familienhaus**
mit 2 x 2 Zimmern und
Wohnküche, kl. Garten
in Eltingen, Nähe Bahnhof
Leonberg, für den billigen
Preis von 14000.— Mk.
durch Adolf Beckele,
Stuttgart, Postfach 100
S. A. 60620.

Jeden Dienstag u. Freitag
tag gibts von 10-12 Uhr
Mudelböden
Hermann Schürle,
Leigwarengeschäft.

**Most-
Rosinen**
billigt bei
Wurster
am Markt

Neue Möbel ???
Nein! Die alten aufge-
frischt mit Dr. Ersles'
Möbelputz
„Wunderschön“
K. Otto Vinçon
Fr. Lamparter
Gg. Pfeiffer.

**Haus
in Calw**
mit Räumlich. für Laden-
gesch. oder Handwerker, sehr
günst. z. Verkauf, geg. 8-
10000 Mk. Angeb. Off.
W. 97 an Postfach 4,
Stuttgart.

Verkaufe eine ältere gute
Milchkuh
samt Kalb (gewöhnht)
Gottlob Lüh, Gipsler
Deckenpferon.

An Alle!
Kaufen Sie kein Kleid
und kaufen Sie keinen
Mantel, ohne unsere
grosse Auswahl gesehen
zu haben!
Krüger & Wolff
PFORZHEIM.

W. Forstami Hoffelt.
Post Calw-Land
**Schichterbholz-
Verkauf.**

Am Donnerstag, den
16. Mai 1929, nachm.
2 Uhr in Michelberg im
„Grünen Baum“ aus
Staatswald Distr. I. II u. III
Am.: Rotbu. 4 Prgl., 3
Ambr.; Nadelh. 4 Fo-Prgl.,
473 Ambr. Losverzeichnisse
durch die Forstdirektion G.
f. H. Stuttgart.

Um zu räumen verkaufe
ich einen Restposten gesunde
vollkernige

Walnüsse
(1928er Ernte)
1 Pfd. 30 Pfg.
4 Pfd. 1 Mk.

Wurster
am Markt.

Heute abend
8 Uhr
**Turn-
versammlung**
im Lokal.

Gebrauchte
**Sofas und 6
Polsterfessel**
verkauft billig
Fr. Hennefarth.

Ständiges Lager (10-15
Stück) in

Sofas
aller Preislagen.
Gebe auch 3

Chaiselongues
billig ab.

Leghorn
u. Bananen fonsi.
mit Legehoff. Preis. frei.
Geflügelhof I. Mergentheim E17

Gelbe verkauft
Marktpl. 46 I. St. Calw

Bruchreis
1 Pfd. 23 Pfg.
bei 5 Pfd. 22 Pfg.

Hirse
geschält
1 Pfd. 32 Pfg.
bei 5 Pfd. 30 Pfg.
empfiehlt

Wurster
am Markt.

5% Rabatt

Denken Sie an Ihre Zukunft
Sparen Sie
Sie werden es nicht bereuen!
**SPAR
BUCH**

Spar- und Depositen-Einlagen in jeder Höhe und zu
bestmöglicher Verzinsung nimmt entgegen:
Oberamtssparkasse Calw

Empfehle den verehrten Haus-
frauen

Bettwäsche
jeder Art und
Steppdecken
Inlett in vielen Farben
Bettfedern und Flaum

**Anfertigung
von ganzen Betten
u. einzelnen Stücken**

Ältere Betten
werden in meiner eigenen Bettfedernreinigungs-
maschine aufs pünktlichste hergerichtet.

Franz Schoenlen,
Obere Marktstrasse 36

Rudolf Hininger
Annel Hininger
geb. Oppold
Dermählfte
Karlsruhe
6. Mai 1929
Calw

Siegbert Lemberger
Eugenie Lemberger
geb. Wolz
Dermählfte
Calw, 6. Mai 1929.

Friedrich Daur
gegenüber dem Rathaus
empfiehlt
Sommerstoffe
einfarbige und bedruckte
**Frauen- u. Mädchen-
Kleider**
Kinderkleider für jedes Alter
Preiswerte
Leib-, Tisch- u. Bettwäsche
Hemdentuch 60 Pfennig 1.30
ohne Füllappretur v. bis Mk.
Halbleinen
rasengebleicht
in jeder Preislage
Bettbarchent u. Flaumdrill
Flaum und Federn
Woll-u. Kamelhaardecken
Viehdeckenstoffe

Herren-Artikel
Sommerjuppen
Arbeitsanzüge
Samt- u. Zeughosen
Samtkord u. engl. Leder
Socken Crawatten Hosenträger
Sportflanell u. Zefirhemden
Einsatzhemden
gut und billig


SERVA-KAFFEE Carl Serva, Calw
Beste Mischungen Fernsprecher
Stets frisch gebrannt Nr. 120

Motorräder
N.S.U. - Imperia - Triumph - D. R. W.
und andere Fabrikate
Christian Widmaier
Mechanische Werkstätte bei der Post
Bequeme Ratenzahlungen
Reparaturen rasch und billig

Atelier für Fußpflege
Schmerzlose Entfernung von Hühneraugen
Hornhaut und eingewachsenen Nägeln
Behandlung in und außer dem Hause
Erwin Rohler, Friseurgeschäft.